

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

8.3.1877 (No. 57)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 8. März.

Nr. 57.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile ober deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, d. d. Neapel den 6. März, veröffentlichten wir über den Krankheitszustand Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm das nach den Angaben des behandelnden Arztes Dr. Verlin in Palermo erlassene

## 2. Bulletin:

Das Fieber des hohen Kranken hat während der Nacht vom 5. auf den 6. März in Folge der Anwendung von Galicil wesentlich abgenommen. Der Abend des 5. und die darauf folgende Nacht verliefen ruhig mit ziemlich gutem Schlaf. Dienstag den 6. Vormittags hielt die mäßige Temperatur an, auch alle übrigen Symptome waren günstig.

Karlsruhe, den 7. März 1877.

Großherzogliches Geheimtes Kabinet.  
Sternberg.

## Telegramme.

† Berlin, 6. März. Der „National-Zeitung“ sind von einem Gewährsmann, welcher sich längere Zeit mit einer dem General Ignatieff nahestehenden Persönlichkeit unterhielt, ihrer Angabe nach als authentisch zu betrachtende Mittheilungen zugegangen, in denen es heißt: Was die Möglichkeit eines Krieges anbelange, so neige man in Petersburg zu der Ansicht hin, die Pforte werde die geforderten Zugeständnisse bewilligen und nicht an das Waffenglied appellieren. Noch bis zuletzt habe man in Konstantinopel in dem unerschütterlichen Glauben gelebt, bei einem Kriege mit Russland schließlich eine Allianz zu finden; doch habe Salisbury, der in Konstantinopel Russlands guter Freund geworden sei, die letzte Hoffnung der Pforte in dieser Beziehung zerstört. Die Verhältnisse in Konstantinopel seien freilich vollständig unberechenbar; seit der Entthronung von Abdul Aziz herrsche die größte Verwirrung, der Staat warte, so daß Niemand wissen könne, ob die Pforte morgen ihre Resolutions von heute zu halten vermöge. Russland werde den Krieg, wenn es irgendwie angehe, vermeiden, andernfalls aber mit aller Energie führen. Von den übrigen Mächten erhoffe Russland eine wohlwollende Neutralität.

† Berlin, 6. März. Der „Post“ zufolge dürfte Seitens des Bundesraths in der Angelegenheit der Berlin-Dresdener Bahn der höchste Gerichtshof der drei Hansestädte zu Lübeck mit Prüfung der Rechtsfrage und Erlass eines Schiedsspruches betraut werden. Ferner theilt die „Post“ mit, in den Kreisen der elsässischen Autonomisten sei man der Hoffnung, daß der Kaiser im Laufe des Mai von Wiesbaden aus Straßburg und den Elsaß besuchen werde und hierbei in Bezug auf die Optanten eine wesentliche Erleichterung werden solle.

† Berlin, 6. März. Nachdem neuerdings wiederum ultramontane Zeitungen gemeldet haben, daß der Kaiser von Russland den Oberbefehl über die russische Südarmerie dem Generalfeldmarschall v. Manteuffel angeboten, von diesem aber ausgeschlagen worden sei, weil er von der russischen Armee eine ungünstige Meinung habe, erklärt sich heute der „Reichsanzeiger“ ermächtigt, zu versichern, daß der Kaiser von Russland niemals Manteuffel ein Kommando angeboten habe.

## In Bänden.

Von Josephine Gräfin Schwenk.  
(Fortsetzung aus Nr. 56.)

„O mein Gott, mein Gott,“ seufzte Arnold und presste die Hand auf die Stirn. Ihn rührte ihr Vertrauen, ihr klagloses und doch so unvertennbares Kummer über sein Schweigen, und doch erkannte er auf's Neue die tiefe Kluft, die ihn von ihr schied. Es lag noch ein zweites Blatt, von Frau Herbig, in dem Couvert. Man sah es den Schriftzügen an, man hörte es aus den Worten, wie schwer ihr die ungewohnte Arbeit des Schreibens geworden war. „Ich habe Emma gesagt, ich wolle Ihnen auch Glück wünschen,“ schrieb sie, „in Wirklichkeit aber wollte ich Ihnen sagen, daß Sie des armen Kindes Herz brechen, wenn Sie nicht an sie schreiben. Sie wartet den ganzen Tag auf den Briefträger und immer vergeblich. Sie steht blaß und krank aus, die hellen Augen sind trübe geworden, und Nachts, wenn ich schlief, lag sie da als ob ich schlief, hörte ich sie weinen und schluchzen. Herr Graf, sie ist mein einziges Kind und ich habe sie gut erzogen und behütet wie meinen Angelpfel, daß nichts Böses an sie herankomme. Freilich ist es meine Schuld, daß ich Sie so viel bei mir geduldet habe. Ihre Freundlichkeit und Ihre gute Laune haben mich beschönigt, und so offen und ehrlich, wie sie immer mit der Emma waren, habe ich mir nichts Böses dabei gedacht. Nun ist es gekommen, wie es nicht sollte. Sie haben hinter meinem Rücken Alles mit ihr abgemacht und mir nicht mehr Zeit gegeben, Einspruch zu thun, wie ich es gemüth hätte. Das ist nicht mehr zu ändern, obgleich ich manche Nacht darum geweint habe, da es nun aber einmal so ist, da Sie Emma zu Ihrer verlobten Braut gemacht haben und sie Ihren Ring trägt, müssen Sie ihr auch treu bleiben und halten, was Sie versprochen. Sie dürfen nicht leichtsinnig vergessen, daß Sie eine Braut daheim haben, die an Sie denkt und um Sie weint und auf einen Brief von Ihnen wartet, wie auf den lieben Herrgott selbst. Ich

dieser also auch nicht in der Lage gewesen sei, ein solches auszusprechen, und außerdem zu keiner Zeit ein ungünstiges Urtheil hinsichtlich der russischen Armee ausgesprochen habe.

† Berlin, 6. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in Bezug auf die Vorlage betr. den Sitz des Reichsgerichts, dieselbe werde in den nächsten Tagen dem Reichstage mit der vom Bundesrath beschlossenen Abänderung und demnach auch mit entsprechend veränderten Motiven zugehen. Voraussetzungen sind aber auch die ursprüngliche Vorlage, welche den Sitz des Reichsgerichts in Berlin bestimmte, vom Tische des Bundesraths aus vertreten werden.

† Königsberg, 6. März. Der Gesundheitszustand Johann Jacoby's ist hoffnungslos und wird das Hinscheiden desselben stündlich erwartet. Neuerer Mittheilung zufolge ist Jacoby heute Abend gestorben.

† London, 6. März. Nach aus Philadelphia heute hier eingegangenen Nachrichten findet der Präsident Hayes bei der Bildung des neuen Kabinetts mehr Schwierigkeiten, als er im Anfang erwartet hatte. Derselbe wünscht die opponirenden liberalen Demokraten des Südens zu versöhnen. Die radikalen republikanischen Senatoren opponiren gegen die Ernennung des Senators Schurz zum Minister des Innern und gegen die Ernennung Key's zum Oberpostmeister. Der Präsident will Cameron nicht als Kriegsminister belassen, weshalb ihn von Seiten der Anhänger Camerons ein starker Widerstand entgegensteht wird.

† Bukarest, 6. März. Das Entlassungsgeheuch des seitherigen Finanzministers Sturdza wurde dadurch veranlaßt, daß die Deputirtenkammer den vom Senate beschlossenen Finanzvorlagen nicht ohne Abänderungen ihre Zustimmung ertheilen wollte. — Die Verhandlungen der gemischten Untersuchungskommission über die durch türkische Soldaten begangenen Grenzverletzungen sind ohne Ergebnis verlaufen, weil es von türkischer Seite abgelehnt wurde, auf die Befragung des fraglichen Terrains einzugehen. Von Rumänien wird die Insel Braganza als ein rumänisches Gebiet in Anspruch genommen. — Seit Freitag sind hier in Folge des andauernd starken Schneefalls keine Posten eingetroffen.

† New-York, 6. März. Der „New-York Herald“, die „Tribüne“ und die „New-York Times“ sprechen sich über die Botschaft des Präsidenten Hayes sehr befriedigt aus und glauben, daß die Befolgung der angeforderten, verständigen und unparteiischen Politik das Land befriedigen und beruhigen werde. — Eine baldige außerordentliche Session des Kongresses gilt als wahrscheinlich.

## Deutschland.

Karlsruhe, 7. März. Nach dahier eingekommenen Nachrichten aus Neapel gedenken Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin den dortigen Aufenthalt bis zum 8. März auszudehnen. Medizinalrath Dr. Schenk war Montag den 5. März in Neapel eingetroffen, konnte aber des schlechten Wetters wegen erst heute nach Palermo abreisen. Die höchsten Herrschaften werden jedenfalls die Nachrichten des Dr. Schenk über das Befinden Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm abwarten, bevor sie Neapel verlassen.

† Berlin, 5. März. Wie bereits telegraphisch mitgetheilt wurde, hat sich das britische Unterhaus in der Sitzung vom 2. d. M. mit einem Antrage des Mr. Wyndham beschäftigt, welcher die Aufhebung der serechtlichen Deklaration des Pariser Kongresses verlangt. Der Antrag ist mit einer nicht unbeträchtlichen Majorität verworfen worden. Für die Beurtheilung der politischen Tragweite ist es übrigens in hohem Grade bemerkenswerth, daß es der vierte Antrag dieser Art ist, der unter dem Ministerium Disraeli in einem Zeitraum von nicht ganz zwei Jahren im Parlament zur Verhandlung kam. Disraeli so wenig wie Lord Derby haben sich an der Debatte betheiliget, da bekanntlich beide Staatsmänner früher im Parlament erklärt hatten, daß die Aufrechterhaltung der Deklaration mit der Machtstellung Englands unvereinbar sei. In hiesigen diplomatischen Kreisen spricht man es offen aus, daß die englische Regierung diesen wiederholt eingebrachten Anträgen nicht fern stehe, welche lediglich darauf berechnet seien, die öffentliche Meinung auf einen von der englischen Regierung geplanten Coup vorzubereiten. Das Ministerium beabsichtigt nämlich, in dem Augenblick, wo der Krieg zwischen Russland und der Türkei ausbrechen würde, sich von der Pariser Deklaration loszusagen, die bekanntlich den Grundsatz anerkennt, daß die Flagge das Gut deckt. Die englische Regierung will mit dieser Maßregel absichtlich nicht bis zu dem Augenblick warten, wo sie selbst als kriegsführende Macht auftritt, um dadurch die erwähnte Maßregel weniger gehässig erscheinen zu lassen. Es wird indeß abzuwarten sein, ob das Toryministerium schließlich kein Bedenken tragen wird, sich zu einem offenen Vertragsbruche vor Europa zu bekennen. Jedenfalls hat das Ministerium in einer so wichtigen Maßregel in erster Linie mit dem Parlament zu rechnen und es ist von dem Resultate der bisherigen Abstimmungen noch nicht abzusehen, daß dasselbe auf einem derartigen Wege der Regierung folgen würde. Uebrigens ist es bemerkenswerth, daß die „Times“ sich darauf beschränkt, lediglich ein Referat über die Debatte zu veröffentlichen, ohne sich gegen die politische Tendenz des Antrages zu äußern.

Die liberale Session der elsäß-lothringischen Abgeordneten mit Einschluß des Abgeordneten Dollfus und unterstützt von polnischen und Zentrumsmitgliedern hat einen Antrag auf Abänderung des Gesetzes vom 30. Dezbr. 1871 im Reichstage eingebracht. Offenbar beabsichtigt man hier ein Präventiv, welches die reichsständischen Ultramontanen in Sachen des sogenannten Diktaturgesetzes ihren autonomistischen Kollegen spielen wollen. Daß es sich dabei nicht um ein Eingehen des Coups, sondern nur um Popularitätshocherei der Ultramontanen gegenüber ihren Wählern in Elsaß-Lothringen handelt, liegt auf der Hand. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Mehrheit des Reichstages den Antrag ablehnen wird. Bei dieser Gelegenheit werden die Autonomisten wohl zuerst die parlamentarische Arena betreten.

Gegen die Hasenclever'sche Wahl im 6. Berliner Reichstags-Wahlbezirk sind von der betr. Abtheilung Bedenken erhoben und die Akten der Wahl-Prüfungskommission übergeben worden. Durch dieselben wird festgestellt, daß in der Perlebergerstraße fünf Häuser mit 59 Wählern nicht in die Wahlliste des Wahlbezirks am Hamburger Bahnhof aufgenommen worden sind, sondern aus Versehen in die Moabit-Wahlbezirks-Liste. Bekanntlich ist der Abg. H. mit 21

denke, Herr Graf, Sie halten ja noch mehr von der Ehre, als wir schlichten Bürgerkinder, da wird Ihnen Ihr Ehrgefühl wohl sagen, daß Sie die Emma nicht versäumen oder wohl gar verlassen dürfen.“

Wie waren auf einmal alle seine Hoffnungen, seine festen Entschlüsse vor diesen Worten verfliegen, wie die Baumblüthe vom Sturm verweht. Er war mit ehernen Bänden gebunden, er wurde an seine Ehre gewöhnt, und was sie gebot, empfand er plötzlich nur zu klar. Halb mechanisch griff er nach dem zweiten Briefe, er war von seinem Freunde, dem fast um zehn Jahre älteren Maler Sorau, an den er sich warm und fest angegeschlossen hatte, und vor dem er kaum je ein Geheimniß gehabt. Seine Verlobung mit Emma hatte er ihm intimlich verschwiegen, er hatte ein unklares Gefühl davon, daß der ruhige, besonnene Mann mit diesem übereilten Schritte nicht einverstanden sein werde. Arnold hatte bisher, wenn sie vor einander standen, oft Gedanken und Empfindungen aus, von denen man, genau genommen, weit entfernt ist. Ich bin dir gut, das weißt du, und während einiger Monate, in denen ich von dir getrennt bin, kann meine Freundschaft für dich nicht geringer werden, und wir haben es nicht nötig, wie die Pensionärinnen, unsere Gefühle auf zierlich beschriebenen Blättern auszutauschen.“ So überraschte dieser Brief heute Arnold und gab seinen Gedanken augenblicklich eine andere Richtung. Sollte den Freund irgend ein Leid betreffen haben? Er liebte es freilich, seine Schmerzen allein durchzukämpfen.

„Ich habe dir etwas zu sagen, Arnold,“ schrieb er, „deshalb erhältst du diese Zeilen. Was ist es mit Emely? Das Mädchen weilt hin, ihr Frohsinn und ihre rothen Wangen sind zusammen verschwunden.

Ich kam zufällig hin, um aus deinem Zimmer mein Skizzenbuch zu holen, das seit unserer letzten Gebirgstour noch bei dir war, und fand diese Veränderung mit ihr. Sie kämpfte bei jedem Worte mit den Thränen, und als ich deinen Namen nannte, bedeckte zuerst eine dunkle Röthe und dann eine tiefe Blässe ihr Gesicht. Sie hätten nichts von dir gehört, antwortete die Mutter statt ihrer, auch sie schienen bedrückt und kummervoll. Ich sprach von Emely's leidendem Aussehen, sie meinte, es sei nichts, sie fühle sich nur ein wenig müde und sah ängstlich zur Mutter hinüber, die schweigend und nur schwer dazu seufzte. Als mich Frau Herbig in dein Zimmer begleitete, fragte ich sie, was Emely fehle, es war aber nichts aus ihr herauszubringen, ebenso wenig aus Emely, die ich, als ich noch einmal zu ihr hinüber kam, in Thränen über ein Blatt gebeugt fand, das sie schnell verbarg, das ich aber schon als eine Zeichnung von dir erkannt hatte. Diebst du das Mädchen, Arnold, und ist es eine ernste Sache zwischen dir und ihr? Ich kann es kaum glauben! Haß du mit ihr gespielt, wozu sie übrigens zu schade ist, den Vorwurf mußt du dir schon gefallen lassen, lieber Junge, hat du Gedanken, Wünsche und Hoffnungen in ihr erweckt, die du nicht realisiren willst und kannst, so mache so schnell als möglich Alles klar zwischen euch. So hingehen lassen darf's nicht länger, denn daß der kleinen Emely Leid mit dir zusammenhängt, ist mir vollkommen gewiß. Sie sprachen nicht unbesungen von dir, die Mutter mit einem verhaltenen Gralle. Ich gesehe dir offen, mich kränkt es, daß du mit dem leichtsinnigen Uebermuth eines verwöhnten Gläublings, das nach Allem die Hand ausstrecken zu können meint, das ihm augenblicklich begehrenswürdig scheint und für einige Stunden Freude gemährt, den Jugendmuth des freihlichen Kindes gebrochen hat. Tausende machen es nicht anders, von dir hätte ich es aber nicht erwartet. Doch genug davon, über Gesehene zu philosophiren, ist eine vergebliche Mühe. Thue nur jetzt so schnell als möglich deine Pflicht, das heißt, mache es ihr klar, daß man an ein Mädchen, das man einmal gern geliebt, nicht ewig

Stimmen Mehrheit gewählt und der Wahlkommissar am Hamburger Bahnhof will endlich betrautigen, daß mindestens 30 Wähler aus jenen 5 Häusern sich bei ihm melden, aber zum Wahlatte nicht zugelassen werden konnten. Die Kassirung der Wahl ist deshalb unvermeidlich und Berlin wird von Neuem den Wahlkampf zwischen der Fortschrittspartei und den Socialdemokraten entbrennen sehen. Von der abermaligen Kandidatur Dr. Banks ist keine Rede mehr, sondern man denkt daran, Professor Birchow aufzustellen.

Ulramontane und socialistische Reichstags-Abgeordnete ercifern sich gewaltig über die Angsichts des Nothstandes vom Bundesraths-Ausschusse beschlossene Anleihe von 168,200,000 Mark für Erbauung von Kasernen. Die Socialisten beabsichtigen, Gegenanträge für den Bau von Arbeiterwohnungen zu stellen.

Der Austritt des Abg. Berger aus der Fortschrittspartei wird, wie man uns mittheilt, die Seession anderer Mitglieder nicht nach sich ziehen. Speziell die westphälischen Abgeordneten, die zur Partei gehören, halten an der Ansicht fest, es werde möglich sein, bis zur nächsten Landtags-Session eine Verständigung herbeizuführen, auf Grund deren auch der Abg. Berger sich wieder an den Arbeiten der Fraktion betheiligen kann.

Die vom Abg. v. Löwe berufene „wirthschaftliche Gruppe“ des Reichstages trat heute unter seinem Vorsitz zur ersten Berathung zusammen. Vorgebracht wurde ein Antrag, den Eisenzoll wieder einzuführen in der Höhe und für die Artikel, wie er sich gestellt haben würde, wenn die von der Regierung in der letzten Session eingebrachte Vorlage über die Ausgleichsabgaben Gesetzskraft erlangt hätte. Sodann wurde eine umfassende Enquete vorgeschlagen, um die Grundlagen für die Feststellung des Tarifs bei dem Abschluß der Handelsverträge zu gewinnen. Endlich ist eine Interpellation an die Regierung beantragt worden, ob sie in die neuen Verträge die Klausel der „meistbegünstigten Nation“ aufnehmen wird. Die Gruppe kam in ihrer ersten Versammlung nicht über die Generaldebatte hinaus und faßte schon deshalb keine endgiltigen Beschlüsse, weil von den eingeladenen ca. 50 Mitgliedern ein erheblicher Theil die Vertagung der Reichstags-Sitzungen zum Verlassen der Hauptstadt benützt hatte. Die Berathungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Berlin, 6. März. Für den bevorstehenden Geburtstagsfeier des Kaisers, der am 22. März sein 80. Lebensjahr vollendet, sind, wie die „Berliner Monatszeitung“ wissen will, vom Hofe außergewöhnliche Festlichkeiten nicht in Aussicht genommen. Im Palais wird, wie im vergangenen Jahre, ein Ball bei den Majestäten stattfinden. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß für das Album des Kaisers jener hochbedeutende Vorkriegsgezeichnete wird, wie König Wilhelm, von Ems kommend, im königl. Wartesaal des alten Potsdamer Bahnhofes die Ordre für die Mobilmachung der Armee unterzeichnet. Bekanntlich hatten den Kaiser Graf v. Moltke und Graf Moos erwartet; die Frage des Königs an diese seine obersten Berater ging dahin, ob sie nach den eingelaufenen Depeschen aus Paris: „la guerre à outrance“ eine gänzliche Mobilmachung der Armee für geboten hielten? Auf das unmittelbare einstimmige „Ja“ unterzeichnete der Monarch die Ordre. Der junge Maler Döpler ist mit der künstlerischen Darstellung dieser Scene betraut worden. — Am Geburtstage des Kaisers wird im Schlosse von Monbijou das Hohenzollern-Museum eröffnet werden, welches die früher an verschiedenen Orten zerstreuten Reminiscenzen an das Haus Hohenzollern gesammelt und geordnet dem Publikum zugänglich machen soll.

A. Berlin, 6. März. Von der Anleihe zu Kasernirungszwecken des Reichsheeres im Betrage von 168,066,000 M. sollen, wie wir hören, 7,688,000 fl. auf die Kasernirung des Gardecorps verwendet werden, 16,916,000 M. sollen für dieselben Zwecke des 1. Armee-corps, 22,103,000 M. für das zweite, 25,699,000 M. für das dritte, 20,250,000 M. für das vierte, 13,522,000 M. für das fünfte, 5,510,000 M. für das sechste, 4,721,000 M. für das siebente, 2,909,000 M. für das achte, 12,785,000 M. für das neunte, 14,683,000 M. für das zwölfte (sächsisch), 1,714,000 M. für das dreizehnte (württembergische), 2,953,000 M. für das vierzehnte und 1,640,000 M. für das fünfzehnte Armee-corps verwendet werden. Das bahrische Kontingent ist in dieses Gesetz nicht mit einbezogen.

Bekanntlich wurde nach Beendigung des Krieges von 1870/71 bei der Ausführung der Arbeiten zur Ergänzung des Kriegsmaterials auch beschlossen, aus den hiefür aus der französischen Kriegskosten-Entscheidung bereit gestellten

denken will, und daß man es noch weniger heischen kann und mag; gib keine Wohnung auf und überlasse es mir, dir in dem am weitesten entfernten Stadtheile dein Atelier einzurichten, auf daß dich Emely nicht mehr wiederzusehen nötig hat. Das wären so ungefähr meine Rathschläge, die deinem leichten Blute vielleicht sehr schwerfällig erscheinen; Emely gehört aber nicht zu den vielen Wirthschafterlein, die dazu prädestinirt sind, Liebesverhältnisse mit den jungen Künstlern anzuknüpfen, denen die Mütter Wohnungen vermieten. Ich wollte du hättest dein heißes Herz lieber an einer solchen gelüßt. Jedenfalls muß die Sache zu einem schnellen Abschlusse kommen, die kleine Emely reißt sich sonst auf.“ (Fortsetzung folgt.)

H. Aus Bayern, 5. März. Bei der Beerdigung eines Protestanten in Volkach verweigerte der dortige katholische Pfarrer die Herausgabe des gewöhnlich verwendeten Leichenkreuzes und das Glockengeläute. Dies gute Beispiel, welches der würdige Seelsorger durch diesen Akt der Intoleranz gab, wirkte ansehnlich auf die erwachsene katholische Jugend; eine Anzahl von unter dem Regiment des katholischen Pfarrers stehenden Sonntagsschülern drang nämlich während der Beerdigungsfeierlichkeit über die Mauern in den Kirchhof ein, brach während der Rede des protestantischen Geistlichen in ein rohes Gelächter aus und einer der hoffnungsvollsten Jungen schleuderte zum Schluß einen großen Stein in das offene Grab, welcher den Sargdeckel zertrümmerte.

Mitteln zwei neue vollständige Belagerungsstrassen zu beschaffen, von denen ein jeder die Zahl von 400 Belagerungsgeschützen mit vollständiger Ausrüstung an Munition, Fahrzeugen und Maschinen enthalten sollte. Bei der ersten Veranschlagung des unthunlichen Bedarfs für dieselben war noch völlig unbekannt, wie diese Trains überhaupt beschaffen sein müßten, welche Kaliber für dieselben erforderlich sein würden und welche Konstruktion eingeführt werden sollte. Jetzt sind nun die definitiven Entscheidungen getroffen. Die Zusammenfügung der Trains, wie sie jetzt feststeht, ist das Ergebnis mehrjähriger Arbeiten und Versuche der Artillerie-Prüfungskommission. Was den Kostenpunkt betrifft, so ließ sich darüber selbst zur Zeit der Fertigstellung der Ausrüstungsnachweisungen — Ende des Jahres 1875 — keine Sicherheit gewinnen, denn für einen großen Theil der Requiriten fehlten den Artillerie-Werkstätten noch die Erfahrungen. Erst jetzt, wo beide Trains der Vollendung entgegengehen, hat sich der Gesamt-Kostenaufwand gegen den Voranschlag mit annähernder Sicherheit beziffern lassen und stellt sich jetzt ein Mehrbedarf über die veranschlagte Summe von 4,065,000 Mark heraus.

### Frankreich.

Paris, 5. März. Hr. Paul de Cassagnac wurde heute von dem für seine Angelegenheit bestellten Ausschusse vernommen. Er wolle, sagte er, auf die letzten Samstage von dem Ministerpräsidenten dargelegten allgemeinen Theorien nicht eingehen und namentlich nicht untersuchen, womit der Bonapartismus den gegen ihn angeführten Kreuzzug verbiete hätte. Für jetzt handle es sich nur um die Verfolgung, die man gegen ihn selbst einleiten wolle. Es würden ihm zwei Vergehen zur Last gelegt: 1) Beleidigung der Kammer. Nicht diese hätte er angegriffen, da er ja selbst zu ihren Mitgliedern zähle, sondern nur einzelne Gruppen derselben, und das werde er sich auch in der Folge nicht verwehren lassen. Wenn seine Angriffe in der letzten Zeit etwas lebhafter ausfielen, so habe das daran gelegen, daß ein Minister aus's Ruber gelangt sei, der immer als ein Anhänger der unumschränkten Pressefreiheit gegolten hätte. 2) Beleidigung der Regierung und Aufreizung zum Bürgerkrieg. Auch dies habe ihm fern gelegen. Aus seinem Wahl-Rundschreiben gehe vielmehr hervor, daß er sich streng in den Grenzen des Gesetzes halten wolle, und selbst wenn es ihm im Jahre 1880 möglich wäre, die Regierung auf gesetzlichem Wege zu stürzen, dies aus praktischen Gründen vielleicht verschmähen würde. Noch im November habe er in „Pays“ ausdrücklich erklärt, daß er kein Insurgent und kein Aufwiegler sei. Von Ihnen, schloß Hr. Paul de Cassagnac, zu dem Ausschusse gemeldet, erwarte ich, daß Sie mich nach Ihren Prinzipien, d. i. als liberale Republikaner, aburtheilen werden und nicht nach den Ideen des autoritären Kaiserreichs, denen ich für meinen Theil huldige. Unter dieser Voraussetzung kann ich nicht glauben, daß Sie die Verurteilung zu einer Verurteilung werden. Noch sprach Mader de Montjau gegen die Verfolgung, worauf der Ausschuss Hr. Girard beauftragte, bis Donnerstag einen Bericht auszuarbeiten, des Inhalts, daß die von der Regierung nachgesuchte Ermächtigung zur Verfolgung Cassagnac's zu ertheilen wäre.

Der Ausschuss für den Kaisertum-Antrag hielt heute bei Hr. Thiers und unter dessen Vorsitz eine neue Berathung. Hr. Thiers zeigte an, daß der Kriegsminister sich dem Ausschuss zur Verfügung stelle; seines Darhaltens sollten nicht nur dieser, sondern auch andere Fachmänner (Generale und Obersten) vernommen werden. Hr. Richard Waddington erklärte sich für die erste Hälfte des Kaisertum-Antrags: die Zerlegung des Kontingents in zwei unter so ungleichen Bedingungen zur Dienstpflicht herangezogene Theile müsse wegfallen. Dagegen sei er für Beibehaltung des Einjährig-Freiwilligendienstes mit gewissen untergeordneten Modifikationen. Hr. Pascal Duprat, Anhänger des ganzen Kaisertum-Antrags, konstatarie zunächst, daß der Freiwilligendienst in seiner gegenwärtigen Form von dem Ausschusse beinahe einstimmig v. rurtzheit wird. Er begreife, wie Hr. Thiers, daß man große Opfer bringen müsse, um gute Unteroffiziere heranzubilden; die dreijährige Dienstzeit scheine ihm aber dafür kein Hinderniß. Er bedauere, daß im Unterrichtswejen überhaupt das Nationalgefühl und die Vaterlandsliebe nicht genug gepflegt würden. Was Hr. Thiers auch sagen möge, die Kriegführung hätte sich durch die Fortschritte der neueren Zeit ganz gewaltig in ihren Grundlagen geändert. Hr. Thiers hätte immer nur von einer Angriff-armee gesprochen, während er, der Redner, mehr eine Vertheidigungsarmee im Auge habe. Die siebenjährige Dienstzeit scheine ihm mit einer Demokratie, welche die Gleichheit aller Bürger zu ihrer Voraussetzung habe, schwer vereinbar. Er sei wahrlich selbst kein Anhänger von Utopien und Chimären und suche dieselben, auch wenn er sie bei seinen Mitbürgern fände, nach Kräften zu bekämpfen; die dreijährige Dienstzeit könne er aber unmöglich für eine Chimäre ansehen. Hr. Keller bekämpfte den Antrag. Die Tendenz der Zeit, meinte er, gehe mehr auf große, als auf gute Armeen. Für die Infanterie habe man seines Erachtens noch nicht genug Opfer gebracht und das Effektiv zu niedrig bemessen. Zunächst handle es sich um die Herstellung guter Cadres, und aus diesem Grunde werde man vor acht oder zehn Jahren nicht daran denken dürfen, die Dienstzeit auf drei Jahre herabzusetzen; jedenfalls müsse zuerst die Unteroffiziers-Frage geregelt werden. Hr. Thiers entgegnete dem Hr. P. Duprat: In Heeresfragen komme es nicht auf die Regierungsform an; es gebe nicht eine republikanische und eine monarchische, eine aristokratische und eine demokratische Armee; Frankreichs Wohl sei allein im Auge zu behalten. Dergleichen müsse man nicht zwischen einer offensiven und einer defensiven Armee unterscheiden; eine gute Armee sei gleich tüchtig für den Angriff wie für die Vertheidigung. Mit der dreijährigen Dienstzeit könne man nicht einen einzigen guten Unteroffizier herstellen. Auf den Unterricht allein könne

man für die Belegung des dem Soldaten notwendigen Nationalgefühls und militärischen Gistes nicht zählen; dazu gehörten auch technische Mittel und für die Unteroffiziere insbesondere die Wiedereinführung der Prämie für Erneuerung ihres Engagements. Der Geist der Armee sei übrigens ein vortrefflicher und sie sei in allen ihren Theilen von dem Gefühl der Pflicht und dem Verlangen, das Vaterland wieder aufzurichten, erfüllt. Hr. Waddington gab einige Aufschlüsse über die Unteroffiziers-Frage in Deutschland. Ihm scheint es entsehrlich, daß in Frankreich von achtzehn Halbklassen, die man auf Kriegsfuß stellen könnte, neun nur ein Jahr gebient haben sollten. Die allgemeine dreijährige Dienstzeit würde viel bessere Resultate liefern. Die Unteroffiziers-Frage scheine ihm durch eine Besserung des Soldes und der materiellen Verhältnisse überhaupt lösbar. Hr. Thiers sagte zum Schluß der Debatte: Er könne nur wiederholen, daß die Zahl eine Frage des Budgets und nicht der Gesetzgebung ist. Die Cadres könnten nicht herabgesetzt werden. Für die Unteroffiziere empfehle er Pensionsberechtigung nach zwanzigjähriger Dienstzeit, Werbepremie und mindestens fünfjährige Dienstzeit. Der Ausschuss beschloß, in seiner nächsten Sitzung den Kriegsminister zu hören.

Dem „Bien public“ zufolge würden die Kammer vom 25. März bis zum 1. Mai vertagt werden.

Das „Journal des Debats“ erzählt, daß der General Ignatieff nur Berlin und Paris besuchen wolle, und das stimmt mit einer Meldung der „Times“ überein. Der „Temps“ behauptet hingegen, der General werde auch nach London gehen und nur seine Reise nach Wien sei zweifelhaft.

Das Opfer des gestern gemeldeten Unglücksfalls (Tod durch Verbrennung) war nicht die Herzogin von Montmorency, sondern die Marquise von Montebello, eine 63jährige Dame, Tochter des unter der Juliregierung als Bruder des berühmten Casimir Perier wohlbekannten Bankiers Joseph Perier, in erster Ehe an Hr. von Reibelle verheiratet und Schwester der Frau v. Aufse, die erst kürzlich ebenfalls ein tragisches Ende genommen hatte. Die Marquise von Montebello, zuletzt Gemahlin des Hrn. Alfred Rannes von Montebello, eines Descendenten des gleichnamigen Marschalls des ersten Kaiserreichs, hand in der Nacht vom 27. Februar (über die näheren Umstände schreibt noch ein gewisses Dunkel) am Ramin ihres Schlafzimmers, als ihr Reglig Feuer fing; auf ihrem Ruf eilte ihre Kammerfrau herbei und leitete das Mögliche, aber schon waren die Brandwunden so schlimm, daß nach vier Tagen der Tod eintrat.

Paris, 6. März. Die Vorhände der Rechte des Senats haben, wie bereits in Kürze gemeldet wurde, sich darüber geeinigt, ihren Gruppen Hrn. Dupuy de Lôme und als Kandidaten für den durch den Tod des Generals Chaban-Latour erledigten Platz eines unabhängigen Senators vorzuschlagen. Hr. Dupuy de Lôme, Mitglied des Instituts und als Marine-Ingenieur eine Berühmtheit, gehört nach seiner Vergangenheit, jedoch bisher nicht als aktives Mitglied der Bonapartisten Partei an. Die Bonapartisten hatten in ihren Berathungen mit den andern Fraktionen der Rechten zuerst den ehemaligen Justizminister und jetzigen Advokaten Grandperret proponirt; dieser schien aber den Hrn. Daru, Broglie, Chesnelong und Gemossen einen allzu ausgeprochenen Parteicharakter zu tragen. Es ist schon bezeichnet genug, daß die Orlanisten und Republikaner des Senats auf den Bestand der Bonapartisten angewiesen sind, um überhaupt einen konservativen Kandidaten durchzubringen. Die Intimität zwischen diesen Gruppen ist sozwar schon so groß, daß man im Voraus für die nächsten Vakanten einig wurde, derart, daß die erste derselben mit dem Orlanisten Chaban-Latour und die zweite mit dem Republikaner Lucien Brun zu besetzen wäre.

Im Uebrigen dauert die systematische Opposition des Senats gegen das Unterhaus fort. Auch das von dem letzten beschlossene Gesetz, durch welches den Kolonien Guyana und Senegal ihre Vertretung im Parlament wiederhergegeben werden soll, hat in den Augen des Senats keine Gnade gefunden. Der Ausschuss, den die Abtheilungen heute für diese Vorlage wählten, besteht mit einziger Ausnahme Pelletan's aus lauter Gegnern derselben.

Seit den Ereignissen von 1870/71 schreibt die „Patrie“ sind die meisten unserer Regimenter aus Sparmaßregeln mit wollenen Fahnen versehen worden. Der Kriegsminister hat jetzt aus Anlaß der Lyoner Arbeitskrise beschlossen, den alten Brauch wieder anzunehmen, und deshalb in Lyon hundert seidene Fahnen mit Franzen, Inschriften u. s. w. bestellt.

Der Afrika-Reisende, Marquis v. Compiègne hat, wie man jetzt des Näheren vernimmt, in Kairo in Folge eines Pistolenduell's mit einem dort ansässigen deutschen Jfrakten, Namens Mayer, den Tod gefunden. Eine Kugel hatte ihn in der Schulter getroffen und mußte, obgleich er von seiner Forschungsreise ein heftiges Fieber zurückgebracht hatte, herausgezogen werden. Dieser Operation ist er erlegen.

Paris, 6. März. Die legitimistischen Blätter bringen in Form einer in Görz bei Empfang einer Deputation des Marceller Handelsstandes gehaltenen Rede folgendes Manifest des Grafen Chambord: „Ich danke Ihnen, daß Sie begriffen haben, daß Sie bei mir stets Hilfe und Rath inmitten der jetzigen Schwierigkeiten finden werden. Sie sprechen von Besorgnissen, die Frankreichs Aufschwung und öffentliches Wohlergehen lähmen; mit dem Freimuth, für den ich Ihnen Dank weiß, haben Sie mir keineswegs die beständigen Verleumdungen verhehlt, die nicht minder die Wahrheit wie meine Ehre verletzen. Ich wüßte es bereits: man mag zu verbreiten, daß ich, um in bequemer Ruhe zu bleiben, Frankreich in Gefahr ließe und jeder Hoffnung seiner Rettung entsagte. Durch diese abscheuliche Lüge, gegen welche ich Protest erhebe, unterhalten die Feinde des rettenden Grundgesetzes der erblichen Monarchie Zweifel in den Gemüthern, Unruhe und Entmuthigung in den Herzen. Entmuthigung, das ist die große Gefahr, auf welche ich aufmerksam mache und die es zu bekämpfen gilt. Die Revo-



